

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	9. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	03./04.03.2015, 09:00 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 132 (S. 206): Stadtjugendausschuss e. V. - Erhöhung Berechtigungs-grenze Karlsruher Pass um 10 % (KULT)

Antrag Nr. 132a (S. 206): Stadtjugendausschuss e. V. - Erhöhung Berechtigungs-grenze Karlsruher Pass und Kinderpass um weitere 10 % (Die Linke)

Wir haben diese Ziffer noch mal gesplittet. Da bitte ich jetzt die Antragsteller genau zuzuhören. Der Antrag der KULT-Fraktion entspricht nach unserem Verständnis inhaltlich dem Beschluss des Sozialausschusses vom 16. Juli 2014, in dem die Berechtigten-grenze um 10 % angehoben wurde. Das haben wir im Haushalt auch dahingehend berücksichtigt, dass wir den entsprechenden Ansatz um 804.000 Euro erhöht haben. Sollte es so sein, dass wir das richtig verstanden haben, dann wäre er an der Stelle ei-gentlich erledigt.

Der Antrag der Gruppe Die Linke sieht dagegen eine Ausweitung der Berechtigten-grenze beim Karlsruher Pass um weitere 10 % vor. Dies würde dann eine Gesamterhöhung von 20 % bedeuten. Der Antrag sieht zudem vor, dass beim Kinderpass die Berechtig-tengrenze ebenfalls um 10 % erhöht wird. Obwohl in diesem Bereich bisher keine An-hebung der Berechtigten-grenze erfolgt ist, halten wir dies in Anbetracht der Unsicher-heiten über die zukünftige finanzielle Situation für nicht darstellbar. Herr Stadtrat Cra-mer für die KULT-Fraktion.

Stadtrat Cramer (KULT): Bei Ihren Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen sind wir mit Ihnen d'accord, aber wir bekommen auch mit, dass der Kreis der potentiellen Menschen und Familien, die einen Anspruch hätten, nicht erreicht wird. Das ist eine starke Intention unseres Antrages, dass man sich da mehr darum kümmert von Seiten der Stadt, praktisch an die Personenkreise in irgendeiner Form heranzugehen, damit sie ihrem Recht, einen Antrag zu stellen, nachkommen.

Der Vorsitzende: Das zielt ja auf Information und Beratung ab. Das nehmen wir gerne als Anregung auf. Damit hätte sich der Antrag der KULT-Fraktion **erledigt**.

Jetzt haben wir noch den Antrag der Linken, Herr Stadtrat Fostiropoulos.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): In den Punkten davor zu Kostenfreiheit bei Tageseinrichtungen oder beim Mittagessen wurde der finanzielle Aspekt ja genannt. Worum geht es uns jetzt hier? Es ist hier niederschwelliger. Ich zitiere unseren Kollegen, Herrn Kalmbach, vielleicht ist das am besten. Der wird jetzt gerade von allen geliebt, deswegen hat er seinen Antrag reingekriegt, und zwar dass man angeblich sozusagen nicht alle finanzieren möchte. Eigentlich sind wir uns im Hause einig. Wir wollen Beitragsfreiheit in der Bildung und ein kostenloses Kita-Essen wäre auch gut. Was passiert jetzt mit diesem Antrag? Wir wollen lediglich den Kreis der Bezugsberechtigten noch einmal erweitern, denn wir wissen, dass es sehr wohl Menschen gibt mit kleinem Einkommen, die rausfallen aus der Unterstützung. Deshalb wollten wir einfach auf dieser Ebene sagen, dann können wir auch diesen Beitrag erhöhen und ein paar Leute mehr mit in die Unterstützung reinnehmen. Ob es dann für die allein erziehende Verkäuferin reicht oder nicht, ist eine Frage der Rechnung. Das weiß ich jetzt nicht im Detail. Die Beträge, die ich hier sehe mit 80.000 pro Jahr, wären wirklich keine großen Beträge. Da bitte ich dann um die Zustimmung.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): In der Fraktion hatten wir sowohl Sympathie und Unterstützungswillen für den Antrag der Linken, aber auch den Gedanken, der davon ausgegangen ist, dass wir jetzt erst mal die bereits über den Sozialausschuss genehmigte Mittelhöhung konsolidieren, festigen und uns eher darauf konzentrieren sollten, dass die Mittel auch tatsächlich die Personen, die dafür berechtigt sind, erreicht. Das geht dahingehend, was auch Herr Cramer gesagt hat, wir wissen ja, dass bei weitem noch nicht alle Antragsberechtigten tatsächlich auch auf die Mittel zugreifen. Deswegen wird unsere Fraktion jetzt gesplittet abstimmen. Für beides gibt es gute Gründe. Ein Teil möchte sozusagen den Adressatenkreis erweitern und dementsprechend dem Antrag der Linken zustimmen, weitere 10 % Leistungsberechtigte hinzuzuziehen. Die anderen möchten sich sozusagen auf die, die in einer prekäreren Situation sind, konzentrieren und dafür sorgen, dass die Mittel dann auch tatsächlich dort verausgabt werden, wo wir jetzt schon einen Beschluss haben, also ungefähr hälftige Aufteilung bei uns jetzt bei dem Antragsansinnen der Linken.

Stadträtin Melchien (SPD): Zunächst möchte ich Ihnen danken, Herr Oberbürgermeister, dass Sie noch einmal klargestellt haben, dass wir die Berechtigtenzahl schon angehoben haben. In dem zuständigen Ausschuss, im Sozialausschuss und im Jugendhilfeausschuss, beraten wir, wie wir aufgrund auch unserer Leitlinien gegen Armut, Leitlinien speziell auch gegen Kinderarmut, konkrete Maßnahmen einleiten können, um Armut in unserer Stadt zu begegnen. Da machen wir dann Vorschläge, bringen die im Gemeinderat ein und hier wird darüber abgestimmt. Gerade mit Ihrer Erfahrung, Herr Kollege Fostiropoulos, hätten Sie doch wissen müssen, dass das hier für einen ersten Vorschlag der falsche Ort ist und es in einem Fachausschuss viel mehr Sinn gemacht hätte, es da bereits zu diskutieren, dass dann auch fachlich beschieden werden kann, ist diese Maßnahme jetzt die nächste in der Priorität. Im Ziel, dass wir alle gegen Armut sind und die auch wirkungsvoll bekämpfen wollen, sind wir uns ja einig. Deswegen haben wir auch erst die Grenze erhöht.

Der Vorsitzende: Jetzt ist niemand mehr auf der Rednerliste. Dann bitte ich um ein entsprechendes Kartenzeichen zu dem Linken-Antrag. Da gibt es die angekündigte

Splittung. - 1 Enthaltung, 7 Zustimmungen, der Rest ist Ablehnung. Damit mehrheitlich **abgelehnt**.

(...)